

Medienmitteilung

13. März

Bundesrat will Parlament auf EU-Rahmenvertragspaket einschwören

autonomiesuisse weist auf Fakten hin, die der Bundesrat partout ausblenden will

- Wenige Tage nachdem ein Gutachten von Swiss Economics und Prof. Mark Schelker, Université de Fribourg, auf Basis der Ecoplan-Studie der bundesrätlichen Vernehmlassung aufgezeigt hat, dass der Bundesrat die positiven Effekte der Rahmenverträge mit der EU massiv überschätzt und die institutionellen Kosten unterschätzt, prescht der Bundesrat mit einer Botschaft ans Parlament vor. Darin empfiehlt er die EU-Rahmenverträge uneingeschränkt zur Annahme.
- **autonomiesuisse** ist befremdet darüber, dass der Bundesrat weiterhin von einer «Fortsetzung des bilateralen Wegs» und «Bilateralen III» spricht – obwohl die vorliegenden Rahmenverträge das Verhandeln auf Augenhöhe de facto beenden.
- Ebenso irritierend ist, wie der Bundesrat eine Vielzahl gewichtiger Warnsignale zu ignorieren scheint: die wachsende Skepsis in der Bevölkerung, die sich in Umfragen von Medien spiegelt; die kritischen Ergebnisse der Vernehmlassung (bei welcher zahlreiche Eingaben ausgeblendet wurden); die Kompass-Initiative und die Frage des nötigen Ständemehrs; die Einschränkungen der direkten Demokratie – und nicht zuletzt das von **autonomiesuisse** in Auftrag gegebene oben zitierte Gutachten von Swiss Economics.

autonomiesuisse weist mit Nachdruck auf folgende Fakten hin:

1. Das EU-Vertragspaket bringt der heutigen Wohnbevölkerung der Schweiz keine wirtschaftlichen Vorteile – im Gegenteil: Die Mehrheit der Bevölkerung (Wohnungsknappheit, steigende Mieten) wie auch die KMU (viel mehr Bürokratie) müssten erhebliche Nachteile in Kauf nehmen.
2. Eine Ausweitung der EU-Zuwanderung mit neuen Rechten auf Familiennachzug würde den Dichtestress in Städten und Agglomerationen weiter verschärfen – mit spürbaren Folgen für Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur und Lebensqualität.
3. Die wachsende Regulierungsflut würde die gesamte Schweizer Wirtschaft belasten – besonders KMU, die unter dem steigenden bürokratischen Druck von komplizierten EU-Rechtsakten besonders leiden würden.
4. Da künftig der Grossteil der EU-Rechtsvorschriften direkt per Integrationsmethode aus Brüssel (ohne Umsetzung in Schweizer Recht) übernommen werden müsste, drohen aufgeblähte Vollzugsbehörden und ein stark erhöhter bürokratischer Aufwand für Bevölkerung und Unternehmen.
5. Die Rechte des Schweizer Parlaments sowie aller Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden massiv beschnitten – sie können nur noch Ja oder Nein sagen, und bei jedem Nein drohen Gegenmassnahmen aus Brüssel. Dieser frontale Angriff auf die direkte Demokratie und die Kompetenzen von Parlament und Kantonen bedarf des Ständemehrs, da er massgeblich in die Bundesverfassung eingreift.

autonomiesuisse erwartet von Bundesrat und Parlament mehr Transparenz im politischen Prozess und Ehrlichkeit in institutionellen Fragen. Wenn der Bundesrat die Beziehung zur EU nachhaltig stabilisieren will, muss er wieder lernen, die Vorteile einer unabhängigen Schweiz und ihre Werte zu kommunizieren. Das ist anspruchsvoll, denn die Schweiz ist von unten nach oben, d.h. diametral anders organisiert als die zentralistische EU. Eine stärkere politische Anbindung an die EU ist zu vermeiden.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der EU soll vielmehr im Rahmen der bisherigen Verträge weitergeführt werden. Die EU wird sich hüten, die bestehenden Verträge zu kündigen, da sie beiden Parteien gewisse Vorteile bringen.

Im Weiteren hat die Schweiz ihre Hausaufgaben bei der Energieversorgung, der Sicherung der Sozialwerke, der Fortführung der Tradition gesunder Staatsfinanzen und der Weiterentwicklung der erfolgreichen weltweiten Strategie von Handelsverträgen zu machen.

Über uns

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmen und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt rund 1000 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf autonomiesuisse.ch/mitmachen einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Alexandra Janssen

+41 79 725 95 26

alexandra.janssen@ecofin.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media